A12: Keine Profite mit Blut und Tod – Die Linke mobilisiert gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig

Einreichende: Tjark Delfs, Johannes Schmidt und Ariane Barth

Unterstützende: Tammo Thyselius, Felix Knorr, Julia Aigner, Katja Wagner, Franziska Kage, Gregor Clewing, Hendrik Frieling, Derya Kilicarslan, Clemens Elm, Mara Luise Günzel, Dirk Apitz, Robby Aydin, Petra Ertel, Kilian Fürstenau, Sascha Göttert, Robert Gruner, Georg Grünewald, Piet Heinrich, Leyla Kluge, Tom Knappstein, Florian Luginger, Marthe Melde, Stefan Nagel, Bosse Rosenow, Susanne Scheidereiter, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig spricht sich gegen Waffenlieferungen aus und setzt sich gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig und Umgebung ein. Der Stadtverband bekennt sich dazu, dass Leipzig nicht zum Knotenpunkt für Waffenproduktion, -transporte und -lieferungen wird und duldet weder, dass die öffentliche Hand, noch ansässige Unternehmen vom Töten profitieren!

2. In Anbetracht der Ankündigungen verschiedener Rüstungsunternehmen, sich in Leipzig, Sangerhausen und nahe dem Flughafen Halle/Leipzig anzusiedeln, beteiligt sich Die Linke Leipzig an Initiativen und Bündnissen, welche sich gegen Aufrüstung, Militarisierung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen sowie deren Zulieferern engagieren.

3. Die Linke Leipzig sieht sich als relevante und notwendige Kraft in den lokalen und überregionalen Friedensbewegungen sowie den Sozialprotesten. Statt auf Abgrenzung und Ausschluss werden verbindende und organisierende Instrumente genutzt, um die Kräfte aus den Sozialprotesten, der Mitgliedschaft, der Friedensbewegung und antifaschistischen Bündnissen zusammenzuführen und zu einen.

4. Der Stadtvorstand Die Linke Leipzig wird ausdrücklich beauftragt Proteste, Demonstrationen und außerparlamentarische Aktionen gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Waffenunternehmen zu unterstützen und ruft zur breiten Beteiligung auf. Hoch die internationale Solidarität!

5. Die Linke Leipzig bittet all unsere Amts- und Mandatsträger*innen ihre parlamentarischen und öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten zu nutzen, um sich gegen Waffenlieferungen, die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Leipzig sowie Krieg auszusprechen und sich mit entsprechenden Initiativen und Bündnissen zu solidarisieren.

6. Die Linke Leipzig ist eine Friedenspartei und vertritt eine antimilitaristische Haltung. In diesem Kontext werden Debatten gefördert, welche ihren Fokus auf einer souveränen Bevölkerung haben, die in Krisen und im Kriegsfall selbst handlungsfähig bleibt und somit auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein setzt: Sicherheit sollte nicht als Frage des Gehorsams, sondern als eine kollektive Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind, verstanden werden.

7. Der Stadtvorstand Die Linke Leipzig sowie die Parteitagsdelegierten setzen sich auf Landes- und Bundesebene für Beschlüsse zu Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. In diesem Zusammenhang unterstützen die o. g. Personen Anliegen, die für die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie sowie deren Konversion zur Produktion von Gütern des Zivil- und Bevölkerungsschutzes einstehen.
Begründung:

Die Linke ist eine antimilitaristische Partei.

Sie setzt sich für Abrüstung, Diplomatie und Frieden ein. Denn wir sehen: Kriege werden immer auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen; Kriege werden für Kapitalinteressen geführt und breite Teile der Bevölkerung zahlen dafür mit Hab und Gut, schließlich auch mit Leib und Leben. Permanente und forcierte Aufrüstung, wie sie sich gegenwärtig in der BRD vollzieht, dient weder der Verteidigung der Demokratie noch dem Schutz der Bevölkerung eines Staates. Gegenwärtig vollzieht sich in Deutschland eine Entwicklung hin zum Militarismus.
Dies geht Hand in Hand mit enormen Kürzungen bzw. Streichungen finanzieller Mittel für unsere sozialen Sicherungssysteme, Vereine, Organisationen und kulturellen Einrichtungen. Betroffenen wird die materielle Grundlage für die Beteiligung an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens entzogen. Die Bundesregierung bewilligte Ende 2025 und Anfang 2026 für dieses Jahr Haushaltsausgaben für das Militär in Höhe von 524,5 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu beschloss der Bundestag zum Jahresbeginn Ausgaben für die Entwicklung der Infrastruktur für die gesamte Bundesrepublik für dieses Jahr in Höhe von 58,1 Milliarden Euro. In der Summe ist jedoch der Beitrag der Kommunen und Länder enthalten.[1] Die Menschen, die in Deutschland und auch in Leipzig leben, sind somit erheblichen Sparmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit ausgesetzt.

Des Weiteren haben eine gesellschaftliche Verrohung, ein Rückschritt in der Entwicklung zur Gleichstellung der Geschlechter und die Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten eingesetzt.

Mit dem Bekanntwerden der geplanten Ansiedlung eines Rüstungsunternehmens in Sangerhausen hat Die Linke vor Ort zu Protesten aufgerufen.[2] Kurze Zeit später wird bekannt, dass in Cochstedt ein Zentrum zur Drohnenabwehr angesiedelt werden soll.[3] Die Linke Leipzig hat sich schon im August mit den Genoss*innen in Sangerhausen solidarisiert und ihren Protest unterstützt.

Sangerhausen ist nur 1,5 Stunden von Leipzig entfernt und wir haben erkannt, dass die Ansiedlung nah des Flughafens Halle/Leipzig kein Zufall ist. Sie fußt auf infrastrukturellen Gegebenheiten wie der Nähe zu Niedersachsen und somit gut ausgebildetem Personal aus der Automobilbranche. Dazu kommen kostengünstige Industrieflächen in einer strukturschwachen Region, welche die Rüstungsindustrie und politischen Verantwortungsträger*innen auf günstige Standortkonditionen und wenig Aufschrei aus der Bevölkerung hoffen lassen. Seit Jahren wird der Flughafen Halle/Leipzig für den Transport von Waffen und Rüstungsgütern genutzt. In Zeiten einer vermeidlichen „Verteidigungstüchtigkeit“ soll die Durchlaufquote am Drehkreuz für Rüstungsgüter und

[1] https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/07/2026-07-06-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2027.html
[2] https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/mansfeld/stadtrat-stimmt-fuer-verhandlungen-100.html und https://www.jungewelt.de/artikel/522694.die-linke-kein-r%C3%BCstungsunternehmen-im-s%C3%BCdharz.html und https://www.zeit.de/news/2026-07/08/linke-kuendigt-protest-gegen-ruestungsplaene-in-sangerhausen-an
[3] https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/drohnen-forschungszentrum-100.html

Militärwaren direkt vor unserer Haustür ausgebaut werden und trifft Leipzig nun direkt: Am 28. August wurde medial bekannt, dass auch Leipzig zukünftig Standort der Waffenproduktion werden soll.[4]

„Die Verteidigung“ ist seit längerem der Standard an Aufrüstungsbegründungen vieler Staaten. In diesem Zusammenhang werden hierfür Menschen auch im Ernstfall zwangseingezogen. Das wäre dann eine situative Legitimierung einer Wehrpflicht als langfristige Konsequenz, wenn die freiwillige Bereitschaft einer Bevölkerung sinkt sich in der Landesarmee zu betätigen. Das widerspricht unserer Beschlusslage und kann für uns keine Begründung für Aufrüstung sein.[5]

Im Regelfall verteidigt ein Staat seine Souveränität und legt wenig Wert auf das Leben und die Gesundheit seiner Bevölkerung, da sonst die meisten Staaten im Falle eines Angriffs die Kapitulation als bestes Schutzinstrument wählen würden. Entsprechend sind Argumente zum Schutz der freiheitlich demokratischen Ordnung oft vorgeschoben, da Staaten im Regelfall ihre eigenen Interessen und Wirtschaftsstellung in der Welt verteidigen und dafür bereit sind Menschen aus der Bevölkerung zu opfern.

Während die Regierung mit Hochrüstung auf Bedrohungen reagiert, wollen wir eine wehrhafte Gesellschaft aufbauen, die sich selbst schützt – gegen äußere Angriffe genauso wie gegen innere Krisen und autoritäre Entwicklungen. In diesem Zusammenhang braucht es eine progressive Antwort auf die bestehende Sicherheitspolitik. Nicht die Militarisierung der Gesellschaft, sondern die Stärkung der Gesellschaft selbst steht im Zentrum. Sicherheit nicht als exklusive Aufgabe eines (autoritären) Staates und seiner Armee, sondern als eine kollektive Verantwortung, die in die gesamte Gesellschaft hineinwirkt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, ob der einzige Weg einer souveränen Bevölkerung sich zu verteidigen in der Bereitstellung einer Verteidigungsarmee liegt.

Der Spielraum für eine linke Sicherheitspolitik jenseits von Militarismus ist größer als oft angenommen. Die Verteidigung einer Gesellschaft beginnt nicht mit Kampfjets und Waffen, sondern mit funktionierenden Krankenhäusern, stabilen Versorgungsnetzen, organisiertem Katastrophenschutz und einer Bevölkerung, die in Krisen selbst handlungsfähig bleibt. Eine linke Sicherheitspolitik kann genau hier ansetzen. Die Debatte kann somit aktiv von links gestaltet werden, anstatt sie anderen zu überlassen.

Die Interessen der kommenden Generationen dürfen nicht in einem Wettlauf um die Kriegstauglichkeit oder auch militärische Verteidigungsfähigkeit der Bevölkerung geopfert werden. Zwangsdienste und paramilitärische Erziehung sind kein Konzept für eine freie Gesellschaft. Unser Fokus sollte stattdessen auf Selbstorganisation und Klassenbewusstsein liegen: Sicherheit nicht als Frage des Gehorsams, sondern der kollektiven Gestaltungsmacht derjenigen, die von Krieg und Krisen am meisten betroffen sind.

Das US-Rüstungsunternehmen Covenant will Insidern zufolge ab 2027 in der Nähe von Leipzig die Produktion von Mittelstrecken-Flugkörpern aufnehmen. Das können wir nicht dulden und müssen all unsere Kräfte bündeln, um Widerstand zu organisieren. Entsprechend müssen wir als Partei und Genoss*innen in all unseren Wirkbereichen öffentlichkeitswirksam uns gegen Krieg, Aufrüstung und die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in, um und in

---

4 https://www.n-tv.de/wirtschaft/US-Firma-plant-wohl-Marschflugkoerper-Produktion-nahe-Leipzig-id31244526.html

5 https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/gegen-eine-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-und-anderer-zwangsdienste-fuer-die-selbstbestimmung-der-jugend/

der unmittelbaren Nähe zu Leipzig einsetzen.

Mit der Bündelung und Mobilisierung unserer linken Kräfte können wir ein klares Zeichen gegen Aufrüstung und Militarisierung zeigen und nochmals verdeutlichen: Es reicht! Während die Bundesregierung einen vermeintlichen Sachzwang auf unseren Rücken auslebt, zeigt sich eines klar: Bei der Aufrüstung sind sie fix, aber für Bildung, Gesundheit und Soziales tun sie einfach nix!

Wir müssen bei unseren Protesten gegen den sozialen Kahlschlag die Themen Aufrüstung und Militarisierung mitdenken und immer wieder verdeutlichen, dass die Angriffe auf Arbeiter*innenrechte und den Sozialstaat bei zeitgleicher Neuverschuldung für Rüstung und Kriegstauglichkeit erfolgen und diese Sachverhalte nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Vor diesem Hintergrund möge der Stadtverband Die Linke Leipzig seine Solidarität als stärkste Waffe verdeutlichen und sein Engagement gegen Aufrüstung und für Frieden in Bündnissen, Initiativen und verschiedenen Protesten sowie deren Unterstützung demonstrieren, um der realen Aufrüstungsmaschinerie in unserer Stadt und unserem Land ein starkes Zeichen des Widerstandes entgegenzusetzen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: